



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
20. Wahlperiode

Drucksache **20/2980**
20. Februar 2025

Große Anfrage

der Fraktion der FDP

Lage der Justiz in Schleswig-Holstein

I. Eingänge, Erledigungen und Bestände

1. Wie hoch war in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils die Anzahl der Eingänge in der
 - a. ordentlichen Gerichtsbarkeit - aufgegliedert in
 - aa. Zivil-,
 - bb. Straf-,
 - cc. Familien-,
 - dd. Betreuungs-,
 - ee. Grundbuch-,
 - ff. Ordnungswidrigkeiten-,
 - gg. Gewaltschutz- und
 - hh. Zwangsvollstreckungssachen,
 - b. Verwaltungsgerichtsbarkeit,
 - c. Sozialgerichtsbarkeit,
 - d. Finanzgerichtsbarkeit,
 - e. Arbeitsgerichtsbarkeit,
 - f. bei den Staatsanwaltschaften?
2. Wie hoch war in den Jahren 2016 bis 2024 die Anzahl der Erledigungen der sich aus Frage I. Nr. 1 ergebenden Eingänge? Bitte nach den Gerichtszweigen und Staatsanwaltschaften wie in der vorigen Frage aufschlüsseln.
3. Wie hoch war zum Ende des Jahres 2024 der Bestand an unerledigten Altverfahren, die bereits vor Beginn des Jahres 2016 vorlagen? Bitte nach den Gerichtszweigen und Staatsanwaltschaften wie in den vorigen Fragen aufschlüsseln.

4. Wie hoch waren die Bestände an unerledigten Verfahren in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils einschließlich der unerledigten Altverfahren, die bereits vor Beginn des Jahres 2016 vorlagen? Bitte nach den Gerichtszweigen und Staatsanwaltschaften wie in den vorigen Fragen aufschlüsseln.

II. Personaldeckungsgrad

1. Wie hoch war in den Jahren 2016 bis 2024 der Personaldeckungsgrad nach Pebb§y in den verschiedenen Dienstgruppen
 - a. der ordentlichen Gerichtsbarkeit,
 - b. Verwaltungsgerichtsbarkeit,
 - c. Sozialgerichtsbarkeit,
 - d. Finanzgerichtsbarkeit,
 - e. Arbeitsgerichtsbarkeit und
 - f. bei den Staatsanwaltschaften?
2. Wie steht die Landesregierung zur Anwendung des Pebb§y-Systems 2014? Bitte erläutern.
3. Werden zur Berechnung des Personalbedarfs auf Landes- oder Bundesebene Korrekturen vorgenommen, und wenn ja welche?
4. Wie soll in der Zeit bis zu einer Pebb§y-Neuerhebung verfahren werden, um den tatsächlich erforderlichen Aufwand zu bemessen?

III. Verfahrensdauer

Wie lang war in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils die durchschnittliche Verfahrensdauer der erledigten Verfahren? Bitte nach den Gerichtszweigen und Staatsanwaltschaften wie in der Frage I. Nr. 1 ff. sowie nach Gerichten und Dienststellen aufschlüsseln.

IV. Strafverfahren

1. Wie begründet die Landesregierung den geringen Personaldeckungsgrad bei den Staatsanwaltschaften und welche Maßnahmen werden ergriffen, um diesen aufzustoßen?
2. Welcher Anteil der Erledigungen bei den Staatsanwaltschaften entfiel in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils auf Einstellungen und welcher Anteil auf Abgaben an die Gerichte?
3. Wie hoch war in den Jahren 2016 bis 2024 die Anzahl der Eingänge bei den Großen Strafkammern (untergliedert in Schwurgerichts-, Wirtschafts-, Jugend- und allgemeine Erwachsenenstrafsachen)?
4. Wie hoch war in den Jahren 2016 bis 2024 die Anzahl der Erledigungen bei den Großen Strafkammern (untergliedert in Schwurgerichts-, Wirtschafts-, Jugend- und allgemeine Erwachsenenstrafsachen)?
5. Wie hoch war zum Ende des Jahres 2024 der Bestand an unerledigten Altverfahren, die bereits vor Beginn des Jahres 2016 vorlagen bei den Großen Strafkammern (untergliedert in Schwurgerichts-, Wirtschafts-, Jugend- und allgemeine Erwachsenenstrafsachen)?
6. Wie hoch waren die Bestände an unerledigten Verfahren in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils einschließlich der unerledigten Altverfahren, die bereits vor Beginn des Jahres 2016 vorlagen bei den Großen Strafkammern (untergliedert in Schwurgerichts-, Wirtschafts-, Jugend- und allgemeine Erwachsenenstrafsachen)?

7. Wie hoch war die durchschnittliche Verfahrensdauer der erledigten Verfahren bei den großen Strafkammern (untergliedert in Schwurgerichts-, Wirtschafts-, Jugend- und allgemeine Erwachsenenstrafsachen) in den Jahren 2016 bis 2024 und wie hoch war die Anzahl der Hauptverhandlungstage?
8. In wie vielen Verfahren der Großen Strafkammern (untergliedert in Schwurgerichts-, Wirtschafts-, Jugend- und allgemeine Erwachsenenstrafsachen) trat in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils eine teilweise oder vollständige Verjährung der Taten ein?
9. In wie vielen Fällen der Großen Strafkammern (untergliedert in Schwurgerichts-, Wirtschafts-, Jugend- und allgemeine Erwachsenenstrafsachen) kam es zu rechtsstaatswidrigen Verfahrensverzögerungen?
10. Wie hoch war die Sitzungstundenzahl in Hauptverhandlungen in den Jahren 2016 bis 2024 bei den Staatsanwaltschaften und den Anwaltschaften in Schleswig-Holstein insgesamt und aufgeschlüsselt nach den einzelnen Staats- und Anwaltschaften der Landgerichtsbezirke?
11. Wie viele Entlassungen aus der Untersuchungshaft und der einstweiligen Unterbringung gab es in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils aus Fristgründen? Bitte nach jeweiligem Verfahrensabschnitt (Staatsanwaltschaft oder Gericht) und Dienststellen aufschlüsseln.

V. Verwaltungsgerichtsbarkeit

1. Wie viele Klagen von Landesbediensteten gegen das Land aus dem Dienstverhältnis gingen in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils am Verwaltungsgericht ein und wie viele sind erledigt worden?

2. Wie hat sich die Zahl der Eingänge in Asylverfahren beim Verwaltungsgericht und Obergericht seit dem Jahr 2016 jährlich entwickelt? Bitte jährlich angeben und differenzieren nach Haupt- und Eilverfahren.
3. Wie hat sich die Anzahl der erledigten Asylverfahren beim Verwaltungsgericht und Obergericht seit dem Jahr 2016 jährlich entwickelt? Bitte jährlich angeben und differenzieren nach Haupt- und Eilverfahren.
4. Wie hat sich die durchschnittliche Verfahrensdauer in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils bei Asyl-Klageverfahren und bei Asyl-Eilverfahren entwickelt?
5. Wie stellen sich für die Jahre 2016 bis 2024 jeweils bezogen auf das Verwaltungsgericht Schleswig die in Asylsachen tätigen Richterarbeitskraftanteile dar?
6. Wie schätzt die Landesregierung die weitere Entwicklung der Fallzahlen in Asylstreitverfahren ein?
7. Nach § 16a der Landesverordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten in der Justiz wurde zum 01.07.2024 das Amtsgericht Itzehoe als zentrales Gericht für die Anordnung freiheitsentziehender Maßnahmen und elektronischer Aufenthaltsüberwachung übertragen. Wie viele Verfahren hatte das Amtsgericht Itzehoe seit der Bündelung in diesem Bereich zu behandeln?
8. Liegen der Landesregierung Informationen über die Effektivität der Bündelung vor und wenn ja, welche?

VI. Personalsituation im höheren Dienst

1. Wie hoch war der Gesamtbedarf an Personal im richterlichen Dienst in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils?
2. Welcher Anteil des Gesamtbedarfs entfiel jeweils auf
 - a. Rechtsprechung,

- b. Verwaltungsaufgaben,
 - c. Aus- und Fortbildung,
 - d. Personalvertretung,
 - e. Freistellungen nach dem Mutterschutzgesetz,
 - f. Teilfreistellungen aufgrund von Schwerbehinderungen,
 - g. die Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Wohnungseigentumssachen vor den Amtsgerichten und
 - h. die Aufgaben nach dem Betreuungsgesetz?
3. Wie viel Personal wurde im richterlichen Dienst in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils beschäftigt?
4. Mit welchem prozentualen Anteil waren in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils Frauen und Männer im richterlichen Dienst beschäftigt und wie stellte sich jeweils die Verteilung auf die Besoldungsgruppen dar?
5. Wie hoch war der Gesamtbedarf an Personal in den Staatsanwaltschaften in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils?
6. Welcher Anteil des Gesamtbedarfs entfiel jeweils auf
- a. Strafverfolgung,
 - b. Verwaltungsaufgaben,
 - c. Aus- und Fortbildung,
 - d. Personalvertretung,
 - e. Freistellungen nach dem Mutterschutzgesetz,
 - f. Teilfreistellungen aufgrund von Schwerbehinderungen?
7. Wie viel Personal wurde in den Staatsanwaltschaften in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils beschäftigt?

8. Mit welchem prozentualen Anteil waren in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils Frauen und Männer in den Staatsanwaltschaften beschäftigt und wie stellte sich jeweils die Verteilung auf die Besoldungsgruppen dar?
9. Wie hat sich die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber im richterlichen Dienst und bei den Staatsanwaltschaften jeweils in den Jahren 2016 bis 2024 entwickelt?
10. Wie viele Personen wurden im richterlichen Dienst und bei den Staatsanwaltschaften jeweils in den Jahren 2016 bis 2024 eingestellt?
11. Wie wurden die Einzustellenden beurteilt, d.h.
 - a. wie lauteten die Noten des 1. und 2. Staatsexamens jeweils bei Frauen und Männern und
 - b. welche anderen Kriterien waren jeweils bei Frauen und Männern bei der Einstellung entscheidend?
12. Welche Anzahl an Altersabgängen aus dem höheren Dienst ist aus aktueller Sicht bei regulärem Ruhestandseintritt bis zum Jahr 2030 zu erwarten?
13. Wie stellt sich bis zum Jahr 2030 der Einstellungsbedarf insgesamt dar?
14. Wie hoch war die Anzahl der Krankentage im richterlichen Dienst? Bitte nach Dienstgruppen aufschlüsseln.
15. Welche Werbemaßnahmen ergreift die Landesregierung aktuell und welche Werbemaßnahmen sind geplant, um Nachwuchs im höheren Dienst zu gewinnen?
16. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um den höheren Justizdienst für Nachwuchskräfte attraktiver zu gestalten?
17. Wie sind Maßnahmen zu 15. und 16. im Haushalt hinterlegt?

18. Plant die Landesregierung Initiativen zur Einführung einer bundeseinheitlichen Richterbesoldung? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?

VII. Personalsituation in anderen Diensten

1. Wie hoch war der Personalbedarf in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils an
 - a. Rechtspflegerinnen und -pfleger,
 - b. Servicekräften und
 - c. Wachtmeisterinnen und -meister?

2. Wie viel Personal wurde in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils als
 - a. Rechtspflegerinnen und –pfleger,
 - b. Servicekräften und
 - c. Wachtmeisterinnen und –meister
beschäftigt?

3. Mit welchem prozentualen Anteil waren in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils Frauen und Männer als
 - a. Rechtspflegerinnen und –pfleger,
 - b. Servicekräfte und
 - c. Wachtmeisterinnen und –meister
beschäftigt?

4. Wie viele Personen wurden als
 - a. Rechtspflegerinnen und –pfleger,

- b. Servicekräfte und
- c. Wachtmeisterinnen und –meister

jeweils in den Jahren 2016 bis 2024 eingestellt?

5. Wie wurden die Einzustellenden beurteilt, d.h. welche Kriterien waren jeweils bei Frauen und Männern bei der Einstellung entscheidend?
6. Welche Anzahl an Altersabgängen aus den vorgegangenen Diensten ist aus aktueller Sicht bei regulärem Ruhestandseintritt bis zum Jahr 2030 zu erwarten?
7. Wie stellt sich einschließlich des bereits jetzt fehlenden Personals der Einstellungsbedarf bis zum Jahr 2030 dar?
8. Wie hoch war die Anzahl der Krankentage in den in 1. genannten Diensten jeweils in den Jahren 2016 bis 2024?
9. Welche Werbemaßnahmen ergreift die Landesregierung aktuell und welche Werbemaßnahmen sind geplant, um Nachwuchs in den vorgenannten Diensten zu gewinnen?
10. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um den Justizdienst für Nachwuchskräfte in den vorgenannten Diensten attraktiver zu gestalten?
11. Wie sind Maßnahmen zu 9. und 10. im Haushalt hinterlegt?
12. Hält die Landesregierung Veränderungen, insbesondere Verbesserungen, der Entlohnung für erforderlich?
13. Wie viele Tarifbeschäftigte sind von Kettenbefristungen betroffen und welche Maßnahmen will die Landesregierung diesbezüglich ergreifen?

VIII. Bereitschaftsdienst

1. In welchem Umfang mussten wie viele Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils Bereitschaftsdienst leisten?
2. Nach welchem Modell ist der Bereitschaftsdienst in den jeweiligen Landgerichtsbezirken ausgestaltet?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Arbeitsbelastung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, die Bereitschaftsdienst leisten?
4. Wird die Arbeitsbelastung durch einen angerechneten Arbeitskraftanteil ausgeglichen?
5. Wie viele Dienstfahrzeuge stehen für den Bereitschaftsdienst an welchen Standorten zur Verfügung?
6. Werden mobile Endgeräte und dienstliche Handys für den Bereitschaftsdienst zur Verfügung gestellt? Wenn ja, wie viele sind an welchen Standorten vorhanden? Wenn nein, warum nicht?

IX. Juristenausbildung

1. Wie lang war die durchschnittliche Studiendauer bis zum Erlangen des ersten juristischen Staatsexamens an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils?
2. Wie viele Plätze standen in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils für die Ableistung praktischer Studienzeiten gem. § 4 JAVO an den Amtsgerichten und Verwaltungsbehörden zur Verfügung und wie viele dieser Plätze wurden in Anspruch genommen?
3. Wie viele Kandidaten haben in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils bis heute von der „Freischussregelung“ Gebrauch gemacht und die Prüfung zum Zweck der Notenverbesserung wiederholt?

4. Wie viele der Kandidaten, die in den Jahren 2020 bis 2024 jeweils von der Freischussregelung Gebrauch machten, taten dies unter Anrechnung der sogenannten „Corona-Freisemester“?
5. Wie ist der aktuelle Entwicklungsstand hinsichtlich der Einführung eines integrierten Bachelors?
6. Wie ist der aktuelle Entwicklungsstand hinsichtlich der Einführung des E-Examens?
7. Wie entwickeln sich die Zahlen der Studierenden, die das Studium der Rechtswissenschaften beginnen und die der Studierenden, die das Studium mit dem ersten Staatsexamen erfolgreich abschließen in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils?
8. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse zu der Reform der JAVO folgenden Wechseln von Studierenden an andere Universitäten, beziehungsweise in andere Bundesländer, vor? Wenn ja, wie viele Studierende haben gewechselt und wie bewertet die Landesregierung dies?
9. Wie lang war in den Jahren 2016 bis 2024 die durchschnittliche Wartezeit nach dem Bestehen der ersten juristischen Prüfung bis zur Einstellung in den Vorbereitungsdienst als Rechtsreferendarin oder Rechtsreferendar in Schleswig-Holstein? Welche Vergleichszahlen liegen für andere Bundesländer vor?
10. Wie viele Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare sind jeweils in den Jahren 2016 bis 2024 unter Berücksichtigung der Kapazitätsverordnung des juristischen Vorbereitungsdienstes ermittelt worden, wie viele Ausbildungsplätze für den juristischen Vorbereitungsdienst waren jährlich seit 2016 in den Haushaltsplänen ausgewiesen und wie viele Referendare sind tatsächlich jeweils eingestellt worden und aus welchen Bundesländern stammten diese?
11. Wie viele Richterinnen und Richter waren in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils an den einzelnen Landgerichten in der Ausbildung der Referendarinnen und Referendare tätig und wie

hoch war die den einzelnen Richterinnen und Richtern durchschnittlich zugewiesene Zahl an Referendarinnen und Referendare an den einzelnen Landgerichten?

X. Digitalisierung

1. Wie ist der aktuelle Stand der Einführung der elektronischen Akte in der
 - a. ordentlichen Gerichtsbarkeit, gegliedert wie in Frage I.1.a.aa. bis hh.,
 - b. Verwaltungsgerichtsbarkeit,
 - c. Sozialgerichtsbarkeit,
 - d. Finanzgerichtsbarkeit,
 - e. Arbeitsgerichtsbarkeit?
2. Welche Mängel und Probleme haben sich bei der Einführung der elektronischen Akte gezeigt und welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um diese zu beheben? Bitte auch nach Gerichtszweigen aufschlüsseln.
3. Wie bemessen sich die Arbeitsverluste in den einzelnen Dienststellen und Dienstgruppen aufgrund von Ausfällen der gesamten digitalen Technik?
4. Welche sonstigen Belastungen des Geschäftsbetriebs folgten bislang aus der Einführung der elektronischen Akte und sonstiger digitaler Komponenten? Bitte erläutern.
5. Wie ist der Planungsstand und –horizont hinsichtlich der Einführung der Elektronischen Akte in Strafsachen (EAS), insbesondere auch hinsichtlich des Polizeibereichs?
6. Wie ist der Planungsstand und –horizont hinsichtlich des Aufbaus einer gemeinsamen Datencloud für Polizei und Justiz?

7. Wie viele Videoverhandlungen wurden in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils geführt? Bitte nach Gerichtszweigen und Dienststellen aufschlüsseln.
8. Sind alle Gerichte mit der für Videoverhandlungen erforderlichen technischen Ausstattung versorgt? Wenn nein, welche Gerichte sind es nicht und gibt es Planungen, auch diese auszustatten?
9. Wird derzeit künstliche Intelligenz in der Justiz eingesetzt oder ist ein Einsatz künstlicher Intelligenz in Planung? Wenn ja, in welchen Bereichen?

XI. Straf- und Maßregelvollzug

1. Wie stellten sich die Belegungszahlen in den Justizvollzugsanstalten und den Jugendvollzugsanstalten in den Jahren 2016 bis 2024 dar?
2. Welche Veränderungen hat es aus welchen Gründen und mit welchen Ergebnissen im Bereich der Bewährungshilfe in den Jahren 2016 bis 2024 gegeben?
3. Wie hat sich seit dem Jahr 2016 die Resozialisierung verurteilter Straftäter entwickelt?
4. Wie viele Ersatzfreiheitsstrafen wurden in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils aufgrund mangelnder Kapazitäten ausgesetzt?
5. Wie hat sich jährlich seit 2016 die Personalstärke (Ist-Stärke) in den für den Maßregelvollzug zuständigen Kliniken in Schleswig-Holstein entwickelt? Bitte nach Jahr und Standort aufschlüsseln.
6. Wie hoch war in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils der Personalbedarf (Soll-Stärke) in den für den Maßregelvollzug zuständigen Kliniken in Schleswig-Holstein?

7. Wie viele Personen wurden in den Jahren 2016 – 2024 gem. § 9 Maßregelvollzugsgesetz zwangsweise mit Medikamenten behandelt? Bitte nach Jahr und Standort aufschlüsseln.
8. Wie lange dauerten die jeweiligen gerichtlichen Verfahren von der Beantragung der Zwangsmedikation durch die Klinik bis zur Entscheidung durch das Gericht?
9. Ergreift die Landesregierung Maßnahmen, um diese Verfahren zu beschleunigen und wenn ja, welche? Bitte erläutern.
10. Wie stellte sich die Belegung der Räumlichkeiten in den betreffenden Kliniken in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils dar und falls eine Überbelegung vorlag, wie wurde damit umgegangen? Bitte nach Jahr und Klinik aufschlüsseln.

XII. Gerichtsstrukturreform

Welche Pläne verfolgt die Landesregierung bezüglich einer Strukturreform der Gerichte? Um eine umfassende Beantwortung von Zielsetzungen, Projektmaßnahmen, Beteiligungen der Beschäftigten und der Öffentlichkeit etc. wird gebeten.

XIII. Justizgebäude

1. Welche Um- oder Ausbaumaßnahmen sind an den Justizgebäuden in den Jahren 2016 bis 2024 jeweils durchgeführt oder beauftragt worden oder sind für die kommenden Jahre geplant oder bereits beauftragt? Bitte nach Gerichtszweigen und Dienststellen aufschlüsseln.
2. Ist aktuell der Bau eines neuen Gerichtsgebäudes in Pinneberg geplant und wenn ja, wie ist der Planungsstand?
3. Wie ist der Stand hinsichtlich des (u.a. im Koalitionsvertrag genannten) geplanten Justizzentrums?

4. Wie ist der aktuelle Stand der Baumaßnahmen betreffend des Amtsgerichts Bad Segeberg?

XIV. Notaraufsicht

1. In welcher Struktur und mit wie viel Personaleinsatz wird in den vier Landgerichtsbezirken die Aufsicht nach der Bundesnotarordnung geführt?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung zur Kontrolle nach dem Geldwäschegesetz unternommen und wie hoch sind der hierfür nötige Personalbedarf und der tatsächliche Personaleinsatz in den Jahren 2016 bis 2024?

Dr. Bernd Buchholz

und Fraktion